



<https://biz.li/367s>

GRÜNE FORDERN MEHR SCHUTZ DER WIETZE: "BIOTOPVERNETZUNG UMSETZEN, WINDPARK UND WASSERENTNAHME BEGRENZEN"

Veröffentlicht am 13.05.2024 um 08:46 von Redaktion AltkreisBlitz

Mit einem symbolischen Netz an der Wietze haben die

Grünen Wedemark am Muttertag an ihre langjährige Forderung nach Umsetzung des Biotopvernetzungsconzepts erinnert. Marco Kurz, Sprecher der Grünen Wedemark, betont die Dringlichkeit: "Wenn wir noch länger warten, wird bald die dritte Generation von Grünen die Umsetzung der Biotopvernetzung fordern." Trotz vermeintlicher Einigkeit in der Wedemark, wie auch im Koalitionsvertrag von SPD und CDU festgehalten, sei bisher so gut wie keine konkrete Umsetzung erfolgt, bedauert Kurz.

Die Grünen sehen die Biotopvernetzung als eine zentrale Maßnahme im Umweltschutz, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem geplanten Windpark von Enercity in der Wedemark, der als wichtiger Schritt zur klimaneutralen Kommune angesehen wird. Dennoch fordert Cornelia Blume, Mitglied des grünen Vorstands, dass Windkraftanlagen nicht in ökologisch besonders sensiblen Bereichen wie der Wietze aufgestellt werden dürften: "Stattdessen sollten Einnahmen aus dem Windpark auch gezielt für die Renaturierung unseres wichtigsten Fließgewässers und die Biotopvernetzung eingesetzt werden."

Auch bei der Konzessionsvergabe für die Wasserentnahme aus dem Fuhrberger Feld mahnen die Grünen bei Enercity an, dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen eine höhere Priorität einzuräumen. "Es kann nicht sein, dass das Fuhrberger Feld, das einstmals eine lebendige Auenlandschaft war, weiter so ausgeplündert wird. Wir sind es unseren Kindern schuldig, diesem Raubbau an der Natur Einhalt zu gebieten. Auch daran sollten wir uns am Vater- oder Muttertag erinnern", betont Norbert Bakenhus, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rat der Gemeinde Wedemark.

Die Grünen Wedemark plädieren beim Schutz des Grundwassers für eine intelligente Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel, das entnommene Wasser nach einer Aufbereitung wieder in das Fördergebiet zurückzuführen. Hierfür seien allerdings noch rechtlich und technisch neue Lösungsansätze erforderlich, räumen die Grünen ein. "Wir begrüßen sehr, dass auch der Umweltdezernent der Region Hannover, Jens Palandt, das Ziel verfolgt, den Ausbau erneuerbarer Energien und den Natur- und Umweltschutz zu vereinen und Lösungen mit Augenmaß zu finden", so Bakenhus.